



Regierungsratsbeschluss vom 08. September 2015

Bundesgesetz über die Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke (Umsetzung der Motion 12.3172, Müller Leo); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

P150862

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Eidgenössische Steuerverwaltung.

Begründung

Der Regierungsrat lehnt die Vernehmlassungsvorlage über die Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke ab. Sie führt bei der direkten Bundessteuer zu einer ungerechtfertigten Privilegierung bei der Veräusserung von Bauland und anderen nicht dem bäuerlichen Bodenrecht unterstellten Grundstücken und kann auch bei Kantonen mit dualistischem System zu Ungleichheiten führen. Als Kanton mit monistischem System ist der Kanton Basel-Stadt von der Vorlage kaum betroffen.

